Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister

Ausschussbetreuender Fachbereich **Jugend und Soziales**	Datum **22.02.2006**
	Schriftführer Telefon-Nr. **Hans-Jörg Fedder** **02202/14-2865**
Niederschrift	
Jugendhilfeausschuss	**Sitzung am Dienstag, dem 14. Februar 2006**
Sitzungsort Rathaus Bensberg, Ratssaal, Wilhelm-Wagener-Platz, 51429 Bergisch Gladbach	Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis) 17:00 Uhr - 18:58 Uhr
	Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis) keine
Sitzungsteilnehmer Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis	
Tagesordnung	

A **<u>Öffentlicher Teil</u>**

1. **Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und Beschlussfähigkeit** *Seite A 3*

2. **Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 22.11.2005 - öffentlicher Teil** *Seite A 4*

3. **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 22.11.2005 - öffentlicher Teil**
21/2006 *Seite A 4*

4. **Mitteilungen der Vorsitzenden** *Seite A 4*

5. **Mitteilungen des Bürgermeisters**
23/2006 *Seiten A 4 ff*

6. **Kindertagesstätten- und Schulentwicklungsplanung (Primarbereich): Zeitplan**
20/2006 *Seiten A 6 f*

7. **Ausbau der Kindertagesstätten zu Familienzentren**
16/2006 *Seiten A 7 f*

8.	**Aufnahme von ein- und zweijährigen Kindern in Kindergartengruppen** *18/2006*	*Seite A 8*
9.	**Präventionsveranstaltung "Tatort Chatroom, Kinder im Internet - Gefahren die keiner kennt !"** *17/2006*	*Seite A 8*
10.	**Neues Fördermodell Offene Kinder- und Jugendarbeit** *19/2006*	*Seite A 9*
11.	**Sozialatlas 2004** *10/2006*	*Seite A 9*
12.	**Stellungnahme zum Bericht zur überörtlichen Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung der Stadt Bergisch Gladbach durch die Gemeindeprüfungs-anstalt** *24/2006*	*Seiten A 9 f*
13.	**Anträge der Fraktionen**	
13.a	**Antrag der CDU-Fraktion vom 31.01.2006 zur Einrichtung eines "Sozialen Frühwarnsystems" für Kinder** *63/2006*	*Seiten A 10 f*
13.b	**Antrag der FDP-Fraktion zur Überprüfung der Wirksamkeit im Bereich der Zuschussgewährung** *64/2006*	*Seite A 11*
14.	**Anfragen der Ausschussmitglieder**	*Seiten A 11 ff*

B	**<u>Nichtöffentlicher Teil</u>**	
1.	**Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 22.11.2005 - nichtöffentlicher Teil**	*Seite B 1*
2.	**Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Jugendhilfe-ausschusses am 22.11.2005 - nichtöffentlicher Teil** *22/2006*	*Seite B 1*
3.	**Mitteilungen der Vorsitzenden**	*Seite B 1*
4.	**Mitteilungen des Bürgermeisters** *1*	*Seite B*
5.	**Anfragen der Ausschussmitglieder**	*Seiten B 1 f*

Protokollierung

A **Öffentlicher Teil**

1 **Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und Beschlussfähigkeit**

@-> Die Vorsitzende, Frau Bendig, eröffnet die 7. Sitzung des Jugendhilfeausschusses in der 7. Wahlperiode des Rates der Stadt Bergisch Gladbach und stellt fest, dass der Jugendhilfeausschuss ordnungsgemäß und rechtzeitig einberufen wurde und beschlussfähig ist. Frau Bendig gibt bekannt, dass sich folgende Ausschussmitglieder entschuldigt haben:

- Herr Schnöring von der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, der von Frau Scheerer vertreten wird
- Herr Ockfen von der Agentur für Arbeit
- Herr Geurtz von der Kreispolizeibehörde
- Herr Fritsch vom Beirat für die Belange von Menschen mit Behinderungen

Herr Ockfen, Herr Geurtz und Herr Fritsch werden nicht vertreten.

Frau Bendig teilt mit, dass am 02.02.2006 zwei Anträge der FDP-Fraktion und der CDU-Fraktion eingegangen sind. Diese Anträge hätten spätestens am 31.01.2006 zugehen müssen. Gleichwohl halte sie die Behandlung dieser Anträge, zu denen Tischvorlagen verteilt wurden, für sinnvoll. Auf ihren Vorschlag hin fasst der Jugendhilfeausschuss folgenden

Beschluss: **(einstimmig bei einer Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN)**

Der Behandlung der genannten Anträge in der heutigen Sitzung des Jugendhilfeausschusses wird zugestimmt.

Die Vorlagen
- Antrag der CDU-Fraktion vom 31.01.2006 zur Einrichtung eines „Sozialen Frühwarnsystems“ für Kinder und
- Antrag der FDP-Fraktion zur Überprüfung der Wirksamkeit im Bereich der Zuschussgewährung

werden unter Tagesordnungspunkt **A 13: Anträge** behandelt.

Frau Münzer beantragt für die CDU-Fraktion, den Tagesordnungspunkt
A 10: Neues Fördermodell Offene Kinder- und Jugendarbeit
von der Tagesordnung abzusetzen und zu vertagen, da zu diesem Punkt noch Beratungsbedarf bestehe. Diesem Antrag stimmt der Jugendhilfeausschuss **einstimmig bei vier Enthaltungen** zu.

<-@

2 **Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am**

22.11.2005 - öffentlicher Teil

@-> Die Niederschrift wird einstimmig genehmigt.

<-@

3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 22.11.2005 - öffentlicher Teil

@-> Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

<-@

4 Mitteilungen der Vorsitzenden

@-> Die Vorsitzende trägt keine Mitteilungen vor.

<-@

5 Mitteilungen des Bürgermeisters

@-> Herr Hastrich teilt folgendes mit:

1. Der Jugendhilfeausschuss wird in Abstimmung mit der Vorsitzenden zu einer Sondersitzung am 22.03.2006 eingeladen. Auf die Tagesordnung dieser Sitzung soll der gerade vertagte Tagesordnungspunkt **A 10: Neues Fördermodell Offene Kinder- und Jugendarbeit** gesetzt werden. Die Sondersitzung findet im Ratssaal des Rathauses Bensberg statt.
2. Die Arbeitsgemeinschaft 78 der Träger der freien Jugendhilfe hat mit Herrn Köchling (Caritas) einen neuen Vorsitzenden als Nachfolger Herrn Hölzls gewählt. Damit ist der Gaststatus des Vorsitzenden der AG 78 erloschen, da Herr Köchling bereits stimmberechtigtes Mitglied dieses Ausschusses ist. Der Jugendhilfeausschuss gratuliert Herrn Köchling zur Wahl und bedankt sich bei Herrn Hölzl für sein langjähriges Engagement in der Jugendhilfe.
3. Das Deutsche Rote Kreuz, das katholische Bildungsforum und die katholische Erziehungsberatung haben einen gemeinsamen Antrag zur Ausbildung für die Kindertagespflege an die Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses gerichtet. Der Antrag wurde nicht auf die Tagesordnung dieser Sitzung gesetzt, da die Antragstellung der Institutionen in der gewählten Form nicht zulässig ist. Er sei mit den Antragstellern übereingekommen, den Inhalt des Antrages zwischen den freien Trägern und der Verwaltung zu erörtern. Der Jugendhilfeausschuss werde sich in der Sitzung am 16.05.2006 mit den „Richtlinien Kindertagespflege“ befassen. Der Antrag werde in die Vorlage einbezogen.

Herr Hoffstadt (SPD-Fraktion) möchte wissen, wie sich die Kürzungen des Landes im Jugendhilfebereich auswirken und wie sich der Jugendhilfeausschuss zu diesen Kürzungen stelle. Er schlägt vor, in Anlehnung an die Resolution des Landesjugendhilfeausschusses, deren Text ihm leider nicht vorliege, eine Resolution zu fassen, mit der diese Kürzungen abgelehnt werden. Auch im Kölner Jugendhilfeausschuss wurde eine solche im Wortlaut noch nicht bekannte Resolution gefasst. Da der Landeshaushalt Ende März beschlossen werde, stehe der Jugendhilfeausschuss unter Zeitdruck.
Herr Hastrich regt an, der Jugendhilfeausschuss könne - sein Einvernehmen vorausgesetzt - ähnlich votieren wie der Landesjugendhilfeausschuss. Dieser habe mit seiner Resolution nachdrücklich die Position der kommunalen Jugendhilfe im Rahmen der

Beratungen des Landeshaushaltes geltend gemacht. Der genaue Wortlaut dieser Resolution könne interfraktionell abgestimmt werden; die Resolution könne dem Ausschuss sodann in der Sondersitzung bekannt gemacht werden.

Herr Kotulla sagt zu, den Sprechern der Fraktionen die Resolution in den nächsten Tagen zuzuleiten; die Sprecher könnten dann eine Resolution erarbeiten, die in der Sondersitzung verabschiedet würde. Diese finde noch vor der Verabschiedung des Landeshaushaltes statt.

Frau Lehnert (CDU-Fraktion) verweist auf die Änderung des Landeserlasses zur Offenen Ganztagsgrundschule, durch den zusätzliche Stellen für Lehrpersonal für die Offenen Ganztagsgrundschulen (pro Gruppe 0,1 Stellen) zur Verfügung gestellt werden, die nicht kapitalisiert werden.
Ihre Fragen nach den Auswirkungen auf die Stadt Bergisch Gladbach und die zur Verfügung gestellten Landesmittel beantwortet Herr Hastrich dahingehend, dass zwei 0,1 Lehrerstellen pro Gruppe bzw. 25 Plätze zur Verfügung stünden. Für die bereits zur Verfügung stehenden Stellenanteile würde die Neuregelung nicht gelten. Die Schulen sollten die neu zur Verfügung gestellten Stellenanteile für Zwecke der Offenen Ganztagsgrundschule einbringen. Die jeweiligen Grundschulen müssten aber zunächst über den Minimalstundenplan hinaus erteilte Unterrichtsstunden abbauen und das so eingesparte Personal für die Offene Ganztagsgrundschule einsetzen.

Auf Anfrage Frau Münzers nach dem Ausländeranteil in der Offenen Ganztagsgrundschule erklärt Herr Zenz, der Ausländeranteil an den Grundschulen betrage 14 %, an der Offenen Ganztagsgrundschule nähmen 17 % ausländische Kinder teil. Lediglich bezogen auf einzelne Standorte bestehe hier ein Problem.

Frau Schöttler-Fuchs (SPD-Fraktion) erinnert an den positiven Zwischenbericht, der in der Ausschusssitzung am 22.11.2005 zur Offenen Ganztagsgrundschule vorgelegt wurde. Sie verweist auf schwierige Verhandlungen mit den Schulträgern und die Schulen, die dieses Jahr den Offenen Ganztagsbetrieb aufnehmen würden. Außerdem wurde ein neuer Erlass verabschiedet, durch den die Landesregierung eine Beitragsangleichung wie beim GTK für Geschwisterkinder anstrebe. In diesem Bereich bestünden noch Unklarheiten.
Sie habe nicht den Eindruck, dass sich im Gegensatz zur Absicht der Landesregierung Jugendhilfe und Schule gleichwertig gegenüberstünden. Angeblich würden in Bergisch Gladbach zahlreiche Konfliktgespräche geführt.
Zu ihren Fragen erklärt Herr Hastrich, der Jugendhilfeausschuss werde sich in seiner nächsten Sitzung mit der Beitragssatzung befassen. Der neue Erlass habe den Deckelbetrag von 100 € auf 150 € angehoben. Damit würden die seinerzeit in den Richtlinien angedachte Beitragsstufen ermöglicht. Möglicherweise werde eine umfassendere Beschäftigung mit Elternbeiträgen erforderlich. Die Landesregierung schlage im Rahmen der Haushaltsplanberatungen vor, das Elternbeitragsdefizitausgleichsverfahren abzuschaffen. Bislang wurde davon ausgegangen, dass 19 % Elternbeiträge erhoben würden. Tatsächlich würden aber nur ca. 13 % erzielt. Die Differenz von 6 % wurde aufgeteilt. Das Land wolle die zusätzlich bereitgestellten 3 % nicht mehr übernehmen. Im Gegenzug dürfen die Kommunen die Elternbeiträge auch für die Kindertageseinrichtungen festsetzen. Die Landesregierung schlage vor, das entstehende Defizit durch eine veränderte Beitragsstruktur auszugleichen. Ersteres führe dazu, dass durch eine Satzung ein einheitliches System für die Elternbeiträge für alle Formen der Kindertagesbetreuung geschaffen werden könne. In diesem Rahmen könne auch eine

Geschwisterkinderregelung getroffen werden.
In einem Informationsgespräch habe die Schulrätin die Stadt Bergisch Gladbach als einzige Stadt Nordrhein-Westfalens bezeichnet, bei der es noch Schwierigkeiten bei der Umsetzung der Offenen Ganztagsgrundschule gebe. Aufgrund eines entsprechenden Ratsbeschlusses sollen Schule und Jugendhilfe die Probleme aber kooperativ lösen. Daher ließen sich Weisungen der Schulleitungen gegenüber den Trägern der freien Jugendhilfe, die an allen Standorten mit der Ausführung der außerunterrichtlichen Angebote betraut seien, nicht umsetzen. Diese unterschiedlichen Auffassungen hätten dazu geführt, dass am 22.03.2006 mit dem zuständigen Abteilungsleiter des Schulministeriums, der Bezirksregierung, der hiesigen Schulaufsicht, des Landesjugendamtes, Vertreter der Schulleiter und der Jugendhilfeträger ein Gespräch stattfindet. Auf Wunsch des Jugendamtes würde zu diesem Termin auch das Landesjugendministerium eingeladen.
Zwar gebe es an einzelnen Standorten noch Verständigungsbedarf hinsichtlich der Ausgestaltung der Offenen Ganztagsgrundschule. Dies sei aber auch nicht anders erwartet worden, da an 21 Standorten Schulleitungen und freie Träger der Jugendhilfe gemeinsam die Förderung und Betreuung von Grundschulkindern sicherstellen. Dafür sei die neue Erlasslage nicht förderlich, weil sie vom Wortlaut her den Eindruck erwecke, als handele es sich um eine schulische Veranstaltung. Zugleich lasse der Erlass ausdrücklich die Wahl zwischen dem Schulträger und einem freien Träger der Jugendhilfe als Anbieter des außerschulischen Angebotes. Die Mittel, mit denen diese Angebote finanziert würden, würden nicht allein durch Mittel des Erlasses „Offene Ganztagsschule“ geregelt oder finanziert, sondern wesentlich durch städtische Gelder aus dem Jugendhilfeetat ausgeweitet.

Herr Hoffstadt hält eine Diskussion des Ausschusses mit den Beteiligten über die strittigen Fragen für förderlich. Der Jugendhilfeausschuss sei an der Funktionsfähigkeit der Offenen Ganztagsgrundschulen interessiert. Der angesprochene Erlass gehe an mehreren Stellen von einer Kooperation aus.

Herr Hastrich schlägt nach kurzer Diskussion erneut vor, zunächst das Gespräch am 22.03.2006 zu führen, über das er in der Sondersitzung berichten werde. Auf der Grundlage dessen könne über den Vorschlag Herrn Hoffstadts, die Schulrätin Frau Faßbender in den Jugendhilfeausschuss einzuladen, dem er grundsätzlich positiv gegenüberstehe, entschieden werden.

<-@

6 Kindertagesstätten- und Schulentwicklungsplanung (Primarbereich): Zeitplan

@-> Auf Anfrage Frau Münzers verteilt Herr Zenz den Ausschussmitgliedern den Fragebogen, der den in der Vorlage aufgeführten Antworten zugrunde liegt.

Frau Schöttler-Fuchs begrüßt den Rücklauf von 55 %. Das Ergebnis entspreche Ihrer Erfahrung in der Betreuung der Kinder.

Herr Hoffstadt appelliert an die Ausschussmitglieder von der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion, auf die Mitglieder der Landesregierung Einfluss zu nehmen. Die Landesregierung übertrage die Folgen der Finanzprobleme des Landes auf die Kommunen. Dabei beziehe er sich auf Kürzungen der Landesmittel, die durch die Erhöhung der Elternbeiträge ausgeglichen werden müssten. Dies werde in Bergisch Gladbach aber niemand befürworten. Gleichzeitig werde darüber diskutiert, für das letzte Kin-

dergartenjahr gar keine Beiträge zu erheben.

<-@

7 Ausbau der Kindertagesstätten zu Familienzentren

@-> Herr Neuheuser (Fraktion KIDitiative) hält es zunächst für einen Verstoß gegen die Geschäftsordnung, dass ihm bei der Absetzung des Tagesordnungspunktes A 10 von der Tagesordnung das Wort verwehrt wurde. Er hätte klarmachen wollen, warum seine Fraktion nicht damit einverstanden sei, diesen Tagesordnungspunkt ohne Diskussion von der Tagesordnung abzusetzen.
Hierzu erklärt die Vorsitzende, Frau Bendig, dass jeder Gelegenheit habe, während der Sondersitzung am 22.03. zu diesem Thema ausführlich Stellung zu nehmen.

Herr Neuheuser verweist zum vorliegenden Tagesordnungspunkt darauf, dass Familienzentren vermehrt auf Vernetzung aufbauen. Die Personalausstattung der Kindertagesstätten sei schon jetzt sehr knapp. Vernetzung führe aber immer zu einer vermehrten Personalbindung. Er möchte wissen, wie sich die Verwaltung des Jugendamtes eine stärkere Vernetzung ohne eine bessere Personalausstattung der Kindertagesstätten vorstelle.

Frau Münzer hält es für problematisch, die Familienzentren auszubauen, ohne dass zusätzliche Mittel bereitgestellt werden. Zwar seien die Kooperationsmöglichkeiten sehr interessant. Die Finanzierung der in den Familienzentren angebotenen Leistungen sei aber nicht absehbar.
Sie kritisiert, dass Anträge beim Ministerium zu stellen seien, ohne dass vor Ort ein Mitspracherecht bestehe. Es sei unklar, wer über die Auswahl einer Einrichtung als Familienzentrum entscheide.

Dieser Kritik schließt sich Frau Schöttler-Fuchs an. Auch in den Fachzeitschriften würden diese Aspekte kritisch diskutiert. In diesem Zusammenhang verweist sie darauf, dass in Rösrath ein anderes Konzept entwickelt wird. Dort würden mehrere Kindertagesstätten an den Überlegungen beteiligt.

Herr Hoffstadt schlägt vor, bestehende Einflüsse geltend zu machen, um diese Mängel zu beseitigen. Er begrüßt die Einrichtung von Familienzentren, da diese niederschwellige Dienstleistungen vor Ort erbringen. Auch mit den vorhandenen Mitteln könnten Leistungen eines Familienzentrums erbracht werden. Er spricht sich für Überlegungen der Stadt aus, das Personal der Kindertagesstätten zu schulen. Gleichzeitig befürchte er, dass mit der Änderung des GTK im nächsten Jahr die dann bestehenden Familienzentren privilegiert werden.

Herr Galley (SPD-Fraktion) hält die Idee der Familienzentren ebenfalls für hervorragend. Die Umsetzung der Ideen Herrn Hoffstadts setze voraus, dass das vorhandene Personal zeitlich und ausbildungsmäßig dazu in der Lage sei. Angesichts sinkender finanzieller Mittel und verschlechterter Betreuungsschlüssel sei die Umsetzung solcher inhaltlich berechtigter Forderungen für das vorhandene Personal aber sehr schwierig.

Herr Hastrich erinnert an die Beratungen zu diesem Thema im September vergangenen Jahres. Zu dieser Zeit sei das Rundschreiben des Ministeriums noch nicht bekannt gewesen. Die Verwaltung schlage eine Beratung in der Planungsgruppe „Kin-

dertagesbetreuung“ vor. Der Jugendhilfeausschuss solle in seiner Sitzung am 16.05.2006 damit befasst werden. Bei diesen Beratungen sei zu berücksichtigen, dass das System längst mit immer neuen Anforderungen überlastet wurde, ohne dass dem personell oder finanziell Rechnung getragen würde. In diesem Zusammenhang weist er darauf hin, dass das Land 15 Mio. € für Sprachförderungen zur Verfügung stelle. Bislang standen 7,5 Mio. € zur Verfügung, die nicht dafür ausgereicht hätten, im letzten halben Jahr eine hinreichende Anzahl von Crashkursen durchzuführen. Da Anspruch und Wirklichkeit weit auseinander klaffen, sehe er auch hinsichtlich der Familienzentren die Notwendigkeit, als örtlicher Träger der Jugendhilfe eine eigene Konzeption zu entwickeln. In diesem Rahmen sehe er eigene Bemühungen um eine nachhaltige Jugendhilfe- und Familienpolitik. Ob die Novellierung des GTK dabei hilfreich sei, bleibe abzuwarten. Mit der Novellierung sei zum Betreuungsjahr 2007/2008 zu rechnen. Sie bestehe vermutlich darin, das Problem stärker den Kommunen zur Ausgestaltung zu überlassen. Die angedachte Pauschalierung führe nach erster Einschätzung zu geringeren Landesmitteln.

<-@

8 Aufnahme von ein- und zweijährigen Kindern in Kindergartengruppen

@-> Herr Neuheuser bedauert, dass die Plätze für ein- und zweijährige Kinder nicht zum einfachen Kindergartensatz angeboten werden können. Neben der Förderung der Kinder soll es vor allem den Müttern ermöglicht werden, frühzeitig in ihren Beruf zurückzukehren.

Auf Anfrage Frau Lehnerts erklärt Herr Hastrich, die Berücksichtigung von Kindern in der Offenen Ganztagsgrundschule als Geschwisterkinder sei bei der Erarbeitung der neuen Elternbeitragstabelle von der Entwicklung der Rechtslage abhängig.

<-@

9 Präventionsveranstaltung "Tatort Chatroom, Kinder im Internet - Gefahren die keiner kennt !"

@-> Frau Münzer bedauert, dass der in der Vorlage genannte Termin in Bergisch Gladbach mit der Ratssitzung zusammenfällt. Auch ein Ausweichen nach Wermelskirchen sei nicht möglich, da an diesem Tag die Sondersitzung des Jugendhilfeausschusses stattfinde. Daher bittet sie um Prüfung, ob „NetKids e. V.“ nicht einen weiteren Termin in Bergisch Gladbach anbieten könne. Weiter spricht sie sich dafür aus, für diese Veranstaltungen zu werben.

Frau Schöttler-Fuchs begrüßt die Vorlage und insbesondere die Vereinsgründung. Sie spricht sich ebenfalls dafür aus, für die Veranstaltungen zu werben.

Herr Hastrich sagt zu, sich um einen weiteren Termin zu bemühen. Da es sich um eine relativ kleine Gruppe handele, die bundesweit arbeite, sei dies aber schwierig.

<-@

10 Neues Fördermodell Offene Kinder- und Jugendarbeit

@-> Dieser Punkt wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

<-@

11 Sozialatlas 2004

@-> Frau Bendig bedankt sich bei der Verwaltung für den Sozialatlas (Teil 1 und Teil 2).

Frau Lehnert hält den Sozialatlas für informativ und übersichtlich, möchte aber wissen, warum Romaney und Herkenrath zu einem Untersuchungsbereich zusammengefasst wurden.

Herr Hastrich erklärt auf eine Anmerkung Herrn Hoffstadts, das sozialstatistische System in Bergisch Gladbach könne weiterentwickelt werden. Er verweist insbesondere auf die unterschiedliche Größe der Bezirke. Dies könne aber nur für die gesamte Verwaltung erfolgen, weil die Bevölkerungs- und sozialstatistischen Daten für ganz unterschiedliche Zwecke erhoben würden. Dies würde derzeit verwaltungsintern abgestimmt. Für den vorliegenden Sozialatlas habe sich die Verwaltung an den derzeit genutzten statistischen Größen orientiert. Für die Auswertung hinsichtlich der Offenen Kinder- und Jugendarbeit habe die Verwaltung versucht, stärker auf die Sozialräume abzustellen.

Herr Buhleier ergänzt, dass es sich beim Sozialatlas um eine Fortschreibung handelt. Bei der Entwicklung des Konzeptes dieses Sozialatlasses wurde auf das räumlich-funktionale Entwicklungskonzept als Grundlage zurückgegriffen. Inzwischen wird dieses Konzept nicht mehr fortgeschrieben. Er habe die Untersuchungsräume trotzdem beibehalten, weil sie einen gewissen räumlichen Zusammenhang hätten.
Die statistischen Wohnplätze seien größenmäßig kaum vergleichbar. Der Fachbereich Jugend und Soziales werde die Statistikdienststelle daraufhin ansprechen, ob andere Zuschnitte gefunden werden könnten.

Herr Hastrich erklärt auf eine weitere Anmerkung Herrn Hoffstadts, dass die Einteilung verwaltungsintern abgestimmt würde. Eine Einteilung auf der Basis der Stimmbezirke sei zwar reizvoll. Er wolle aber die Anregungen der Statistikdienststelle abwarten. Über das Ergebnis würde berichtet.

<-@

12 Stellungnahme zum Bericht zur überörtlichen Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung der Stadt Bergisch Gladbach durch die Gemeindeprüfungsanstalt

@-> Herr Kotulla verweist darauf, dass die Gemeindeprüfungsanstalt die überörtliche Prüfung des Kreises ersetzt. Die Prüfung beschränke sich nicht mehr darauf, im Nachhinein Fehler aufzulisten. Es würden auch Empfehlungen gegeben, die die zukünftige Verwaltungsarbeit beeinflussen sollen. Zwar könne man über diese Empfehlungen im Einzelfall unterschiedlicher Meinung sein, aber die Art der Prüfung habe eine neue Qualität, die von der Verwaltung insgesamt begrüßt werde.

Frau Lehnert findet die Vorlage informativ und begrüßt die Stellungnahme der Verwaltung. Auf ihre weitere Anmerkung hin erläutert Herr Hastrich, Gegenstand dieser Anregung der Gemeindeprüfungsanstalt (Seite 71 der Einladung) sei das Berichtwesen (Controlling), für das im Fachbereich eine Stelle existiere. Diese Stelle werde von der früheren Geschäftsführerin des Jugendhilfeausschusses, Frau Biesenbach, wahrgenommen. Derzeit werde dieses System, ausgehend von der Hilfe zur Erziehung, weiterentwickelt. Gestützt werde dies auf das Programm „JUPLUS“. Die daraus gewonnenen Daten entlasten die Bezirkssozialarbeiter von Zählvorgängen.

<-@

13 Anträge der Fraktionen

13.a Antrag der CDU-Fraktion vom 31.01.2006 zur Einrichtung eines "Sozialen Frühwarnsystems" für Kinder

@-> Frau Münzer begründet und ergänzt den Antrag ihrer Fraktion. Insbesondere berichtet sie darüber, dass verschiedene andere Institutionen in das beabsichtigte Frühwarnsystem eingebunden werden könnten. Hierzu gehörten Hebammen sowie Schwangerschafts- und Konfliktberatungsstellen. In allen von ihr geführten Gesprächen sei Zustimmung zu den Plänen ihrer Fraktion geäußert worden.

Herr Hastrich erinnert ergänzend zur Sachdarstellung der Verwaltung an die beabsichtigte präventive Neuausrichtung der Jugendhilfe für den Stadtteil Gronau. In diesem Zusammenhang würde die Verwaltung gerne den Antrag der CDU-Fraktion aufgreifen und dies dem Jugendhilfeausschuss in seiner Sitzung am 16.05.2006 vorstellen. Auch strukturell werde der Antrag aufgegriffen und mit verschiedenen Einrichtungen wie z. B. den von Frau Münzer genannten Gespräche führen.

Herr Hoffstadt erinnert daran, dass es sich bei den sozialen Frühwarnsystemen um ein rot-grünes Projekt handele. Speziell in Bielefeld wurde ein großes Projekt von der alten Landesregierung gefördert, zu dem Erfahrungsberichte im Internet abgerufen werden könnten.
Seine Fraktion unterstütze den Antrag der CDU-Fraktion. Es mangele aber an einer interdisziplinären Zusammenarbeit, die im Rahmen der Familienzentren erfolgen könnte. Auch mit dem Allgemeinen Sozialen Dienst des Jugendamtes müsse eng zusammengearbeitet werden. Mitarbeiter des ASD könnten in den Familienzentren Sprechstunden abhalten.

Frau Bendig begrüßt die Anregungen Herrn Hoffstadts.

Frau Schöttler-Fuchs verweist auf einen umfangreichen Bericht des Vorsitzenden des Deutschen Kinderschutzbundes in der Tagespresse zum Frühwarnsystem. Ansatzweise befasse sich auf Kreisebene der Arbeitskreis „Frühe Kindheit“ mit dieser Anregung. Dieser Arbeitskreis habe einen großen Zulauf. Auch bei der Gesundheitskonferenz müsse darauf aufmerksam gemacht werden. Sie befürworte einen Bericht aus der Gesundheitskonferenz im Sozialausschuss.

Herr Hastrich erklärt, in der Trennung zwischen Gesundheitshilfe und Jugendhilfe liege ein Grund, warum der kreisangehörige Raum bei den Frühwarnsystemen im Hintertreffen sei. Er befürworte eine strukturell verbesserte Zusammenarbeit von Gesundheitssystem und Jugendhilfe in Bergisch Gladbach insbesondere im Bereich der Geburten. Bereits in diesem frühen Stadium müsse begonnen werden, Fehlentwicklungen vorzubeugen.

Herr Hoffstadt verweist auf die enge Zusammenarbeit zwischen den Düsseldorfer Kliniken und dem ASD in Düsseldorf. Diese Zusammenarbeit bedeute keinen zusätzlichen Aufwand, da keine neuen Strukturen erforderlich seien. Er schlägt vor, Gronau mit einem besser gestellten Vorort zu vergleichen.

Frau Bendig warnt vor der Annahme, dass sozial Bessergestellte hinsichtlich der Betreuung und Erziehung kleiner Kinder sicherer wären. Deshalb seien Hebammen und Krankenhäuser als Nahtstellen wichtig.

Herr Galley hält die Angelegenheit zwar für wichtig, es sei aber zu früh, schon jetzt bestimmte Kriterien zu benennen oder sich auf bestimmte Sozialräume zu konzentrieren. Er warnt davor, die Bewohner solcher Sozialräume in bestimmte Raster zu zwängen.

Herr Hastrich schlägt vor, auf einen Beschluss zunächst zu verzichten und im Hinblick auf Gronau und die strukturelle Arbeit im Stadtgebiet wie von ihm dargestellt zu verfahren. Im Jugendhilfeausschuss werde darüber berichtet.

<-@

13.b **Antrag der FDP-Fraktion zur Überprüfung der Wirksamkeit im Bereich der Zuschussgewährung**

@-> Herrn Gerhards ist es wichtig, dass die gewünschte Übersicht spätestens drei Monate nach Jahresende vorliegt, damit Erkenntnisse daraus rechtzeitig für die nächsten Haushaltsplanberatungen gezogen werden können.

Herr Hastrich bittet um Zustimmung, die Übersicht in diesem Jahr für die Haushaltsplanberatungen zu liefern und vom kommenden Jahr antragsgemäß zu verfahren. Dies ermögliche der Verwaltung eine vernünftige Vorbereitung für dieses Jahr.

Herr Hoffstadt geht davon aus, dass sich die in diesem Antrag gestellten Fragen mit der Einführung des NKF von selbst erledigen.

<-@

14 **Anfragen der Ausschussmitglieder**

@-> Frau Lehnert:

Anfang des Jahres sorgte die Spielgruppenfinanzierung für große Aufregung. Die Verwaltung konnte die Weiterführung dieser Finanzierung sicherstellen. Kann ich davon ausgehen, dass die Finanzierung bis zum Ende des Kindergartenjahres sichergestellt ist oder ist mit neuen Problemen zu rechnen?

Herr Kotulla erinnert daran, dass die Finanzierung der Spielgruppen im sog. Korridor erfolge und dieser bislang nur zu etwa 25 % freigegeben worden sei. Davon seien auch die Spielgruppen betroffen. Der erste Abschlag sei ausgezahlt worden. Der Landrat habe den Trägern mitgeteilt, dass aus dieser Abschlagszahlung die weitere Sicherung der Finanzierung nicht unbedingt abgeleitet werden könne. Dies hänge von der Gesamtsituation des Haushaltes ab.
Dies sei auch an anderen Stellen zu spüren. Die Verwaltung versuche in Gesprächen mit der Kommunalaufsicht, die Freigabe dieses „Korridors“ zu erreichen. Da sich die Stadt im Nothaushalt befinde, sei auch die Kommunalaufsicht, mit der die Stadt sehr gut zusammenarbeite, nicht mehr allein verantwortlich. Vielmehr ergäben sich Zuständigkeiten bis zum Landesinnenministerium.

Frau Münzer:

Welche Maßnahmen werden zurzeit in Bergisch Gladbach umgesetzt, die eine Verbesserung des Übergangs von der Schule zum Beruf darstellen.
Die Antwort auf diese Frage bitte ich auch den Mitgliedern des Sozialausschusses und des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport zur Verfügung zu stellen.

Eine schriftliche Beantwortung wird zugesagt.

Frau Schöttler-Fuchs:

Meine Anfrage betrifft den Bereich Gesundheitsförderung:
Ist es möglich, Opus nach Bergisch Gladbach zu holen?
Letzte Woche besuchte ich eine Fortbildung beim Landschaftsverband zum Thema „Gesunde Kinder in NRW – Gesundheitsförderung im Elementarbereich". Dabei ging es um die Gesundheitsförderung von Erziehern bzw. pädagogischem Personal. Dort wurde u. a. mitgeteilt, dass man an dem Opus-Projekt nur teilnehmen könne, wenn es vor Ort einen Koordinator gebe. Dies könne bei der Gesundheitskonferenz oder in der AG 78 sein. Ein Anruf bei Frau Döhmann (Kreisverwaltung) habe ergeben, dass Opus zwar bekannt sei, aber keine Bereitschaft bestünde, Koordinatorenstelle zu sein.
Damit sei kein Arbeitsaufwand verbunden. Sie gehe davon aus, dass die Universität Paderborn, die in dieser Sache involviert sei, Stützpunkte in Kreisen haben wolle.
Interessant sei dies für Kindergärten und Schulen, da in diesem Bereich Mittel zur Verfügung stünden. Aus diesen Mitteln würde bezahlt, für Fortbildungsveranstaltungen Diplomsportlehrer in die Einrichtungen zu holen oder andere Programme für die pädagogischen Fachkräfte durchzuführen.
Auf Nachfrage Frau Münzers erklärt Frau Schöttler-Fuchs, im Gegensatz zur Gesundheitserziehung habe Gesundheitsförderung einen mehr präventiven Charakter. Es gehe hier darum, die Krankenstände in den Einrichtungen zu senken bzw. die hohen Belastungen, die auf das Personal zukommen, zu reduzieren. Dies steigere die Qualität der Arbeit.

Im Zusammenhang mit der Gesundheitsförderung habe ich mir das Fortbildungsprogramm der Stadt angesehen. Dort gibt es im Rahmen Sport nur Angebote zur Gesundheitserziehung, aber keine Angebote im Zusammenhang mit der Gesundheitsförderung. Kann dies im neuen Fortbildungsprogramm geändert werden? Es könnten Vereine wie die Turnerschaft aufgenommen werden, damit Erwachsene Fitnesscenter besuchen. Möglicherweise könne die Stadt mit einem örtlichen Fitnesscenter einen Kooperationsvertrag abschließen, mit dem Erziehern Sonderkonditionen eingeräumt werden.

Herr Zenz erklärt, Opus sei eine etwas abgehobene Einrichtung, die unter dem Aspekt „gesunde gute Bildungseinrichtung" arbeite. Auch im Hinblick auf die Beratungen der heutigen Sitzung weist Herr Zenz auf die vielfältigen Aufgaben der Kindertagesstätten hin (neue Konzeption, unter Dreijährige, Familienzentren und vieles mehr). Es gebe viele Dinge, die gemacht werden können. Es sei dem Grunde nach nicht verkehrt, sich auch um die Gesundheit der Erzieherinnen zu sorgen.
Im Hinblick auf Opus sagt er zu, in der morgigen Planungsgruppensitzung den Fachberatern Unterlagen aus dem Internet zur Verfügung zu stellen. Hauptthema werde dies aber nicht.

Frau Schöttler-Fuchs bezweifelt, dass die Fachberater mit diesem Thema zu tun hät-

ten. Ihr komme es darauf an, Opus im Kreis oder in der Stadt einen Stützpunkt anzubieten, damit die Kindertageseinrichtung vor Ort entscheiden könne, sich dort anzudocken. Sie bitte um Klärung in der Gesundheitskonferenz.

Herr Gerhards:

1. Ich habe gehört, die Stadt habe ein Defizit von 12 Mio. € in diesem Jahr. Ist das richtig?
2. Wie lange bleibt die Stadt mit diesem Defizit voraussichtlich noch im Nothaushalt? Es wurde früher mitgeteilt, die Stadt befinde sich noch bis 2007 im Nothaushalt. Wird es dabei bleiben? Wenn nicht, mit welchen Sanktionen ist zu rechnen? Bleibt es bei den 10 % Korridor-Ersparnissen, die jährlich erbracht werden müssten?
3. Herr Kotulla habe für den Fachbereich 5 erreicht, dass 500.000 € pflichtiger Anteil nicht in den Korridor eingeflochten werden müsse. Könne dies auch für den Fachbereich 4 ausgehandelt werden, oder sei dies schon enthalten?

Zu Frage 1) erklärt Herr Kotulla, dass das aktuelle Defizit 18,9 Mio € beträgt.
Wann die Stadt aus dem Nothaushalt herauskomme, sei völlig offen. 2007 sei dies nicht der Fall. Selbst wenn ein formell ausgeglichener Haushalt vorliege, müssten auch die Altschulden in Höhe von 90 Mio. € ohne die eingetretenen Verschlechterungen abgetragen werden. Die Problematik sei aus seiner Sicht auf absehbare Zeit nicht lösbar.
Hinsichtlich der Verschlechterungen verweist er auf die neuen Orientierungsdaten von vor einigen Wochen. Diese seien wesentlich schlechter als die, mit denen die Verwaltung bislang arbeiten musste. Pro Jahr fehlten ca. 2 Mio. € jährlich. Eine Änderung würde sich nur aus einer Verbesserung der Konjunktur mit sinkenden Sozialleistungen ergeben. Angesicht der gleich bleibend schlechten Lage blieben auch die Instrumentarien die gleichen. Jedes Jahr müsste über den Korridor und Prioritäten bei den Investitionen neu verhandelt werden. Der Konsolidierungskurs müsse weiter fortgesetzt werden. Er rechne damit, dass die Kommunalaufsicht die Stadt zunehmend auch schriftlich auffordere, ihre bisherigen Bemühungen weiter zufassen. Das, was die Stadt als HSK vorgelegt habe, sei das Minimum dessen, was die Kommunalaufsicht von der Stadt erwarte. Könne die Stadt dies nicht einhalten, befinde sich die Stadt zusätzlich in einer schwierigen Situation.
Zur letzten Frage erklärt Herr Kotulla, die Stadt habe bereits alles versucht. Im Bereich des Fachbereiches 5 sei dies transparenter, weil der Unterschied zwischen pflichtigen und freiwilligen Aufgaben klar sei. Im Kulturbetrieb seien fast alle Aufgaben freiwillig.

Herr Gerhards geht nicht von einem ausgeglichenen Haushalt aus, sondern vom HSK. Eine jährliche Kürzung von 10 % führe dazu, dass 2010 noch 5 Mio. € und 2015 noch etwa 3 Mio. € freiwillige Leistungen zur Verfügung stünden. Allein für Kindergärten würden 2,5 Mio. € ausgegeben.

Auf Nachfrage Herrn Gerhards erklärt Herr Kotulla, dass der Stadt in einem HSK relativ bessere Möglichkeiten zur Verfügung stünden als in einem Nothaushalt, in dem die Stadt sich derzeit befinde. Er sehe auf absehbare Zeit keine Möglichkeit, dass die Stadt ein genehmigungsfähiges HSK bekomme. Gleichwohl habe er die Hoffnung, auch mit der obersten Kommunalaufsicht Vereinbarungen zu treffen, die ein völliges Ausbluten der Stadt verhinderten.

Herr Hoffstadt:

Kann die Verwaltung eine Präsentation vorbereiten und dem Jugendhilfeausschuss vorlegen, in der die Strukturen der Verwaltung des Jugendamtes mit Abteilungen und weiteren Untergliederungen evtl. bis hin zum Sachbearbeiter dargestellt werden? Die Vorlagen würden nicht immer wiedergeben, welcher Aufwand sich hinter einer einzelnen Maßnahme verberge. Das Gemeindeprüfungsamt weist ständig darauf hin, dass die Stadt ihre Planungsinstrumente verbessern müsse.

Die Vorsitzende, Frau Bendig, bedankt sich bei Frau Forster (Kreativitätsschule) für die Verteilung des Jahresberichtes 2005 der Kreativitätsschule e. V. und schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 18.49 Uhr. <-@